



**Gesunder Start ins
Leben statt krankender
Geburtshilfe**

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

In Sachsen wurden 2015 ca. 36.500 Kinder geboren. In den vergangenen 20 Jahren war die Zahl steigend. Die werdenden Mütter brauchen während der Schwangerschaft, der Geburt, dem Wochenbett und zuweilen darüber hinaus die kompetente Beratung und Hilfe durch Hebammen. Sie wollen den Ort einer bevorstehenden Geburt selbst wählen können, wollen entscheiden in welchen Kreißsaal einer Klinik sie gehen oder ob das Baby in einer Hebammenpraxis, einem Geburtshaus oder auch im eigenen Zuhause zur Welt kommen soll. Aber: Es ist immer schwerer geworden, eine Hebamme der Wahl für diese sensible Zeit zu bekommen oder gar den Geburtsort zu wählen.

Gründe der Misere:

Ein wesentlicher Grund sind die stark gestiegenen Haftpflichtversicherungsbeiträge für freiberufliche Hebammen. Laut Deutschem Hebammenverband waren das vor 20 Jahren noch 350 Euro, vor zehn Jahren ca. 1600 Euro und ab 1. Juli 2017 sollen es 7.639 Euro sein. Es gibt zwar einen Sicherstellungszuschlag, aber weiter steigende Beiträge deckt er nicht ab und ihn bekommen auch nicht alle. Auch die Vergütungen für Hebammenleistungen sind keineswegs gleichermaßen angehoben worden. Immerhin hat der sächsische Landtag für vorerst zwei Jahre 175.000 Euro zur Sicherung eingestellt.

Ob die Situation überhaupt noch zu retten ist, bleibt fraglich. Nach Aussagen der 1. Vorsitzenden des Sächsischen Hebammenverbandes, Grit Kretschmar-Zimmer, sind in den vergangenen Jahren rund ein Viertel der Hebammen aus dem Beruf ausgestiegen und die große Mehrheit von ihnen leistet keine Geburtshilfe mehr.

Darüber hinaus steht auch mit den Kliniken nicht alles zum Besten. Von 53 Geburtshilfestationen im Jahr 2001 ist die Zahl auf 42 im Jahr 2016 gesunken. Derzeit steigt außerdem der Druck auf freiberufliche Hebammen unter Vertrag bei einer oder mehreren Kliniken (Beleghebammen), die auf Entbindungsstationen mit angestellten Hebammen im Team arbeiten. Ihre Grundvergütung ist im Vergleich zu den gestiegenen Berufskosten zu niedrig. Deshalb laufen Verhandlungen mit dem Spitzenverband der

gesetzlichen Krankenversicherung, welche aber ihrerseits auch Forderungen zur Änderung der Leistungsabrechnung auf den Tisch gelegt hat. Wenn die durchgesetzt werden, drohen schlechtere Betreuungen bei den Geburten und sogar weitere Schließungen von Kreißsälen.

Positionen und Forderungen der Fraktion DIE LINKE:

Die Geburt eines Kindes ist eine der sensibelsten und emotionalsten Phasen für Frauen und Familien. In dieser Zeit sind fürsorgliche Unterstützung und wohlthuende Umfeldler besonders wichtig und eine wesentliche Voraussetzung für die Gesundheit von Müttern und Kindern. Deshalb sind wir für die

- Erhaltung und den Ausbau der Angebote, um den Schwangeren die freie Wahl der Hebammen und des Geburtsortes flächendeckend und bedarfsgerecht zu ermöglichen;
- unbürokratische und zügige Auszahlung der sächsischen Mittel, um die finanzielle Überlastung von Hebammen bis zu einer bundesweiten Lösung zu überbrücken;
- Einführung eines bundesweiten staatlichen Haftungsfonds, um die Haftpflichtkosten für Hebammen zu deckeln;
- Reformierung des Abrechnungssystems und der Vergütungen, um vor allem die Betreuung zu verbessern und auszubauen sowie Hebammenleistungen entsprechend zu honorieren;
- Unterstützung des geplanten Runden Tisches beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales, um Möglichkeiten und Maßnahmen zur Stabilisierung und Verbesserung der sächsischen Situation in der Geburtshilfe auszuloten und umzusetzen.

Ihre Ansprechpartnerinnen: Kerstin Lauterbach, MdL, Sprecherin für Familienpolitik und Susanne Schaper, MdL, Sprecherin für Sozial- und Gesundheitspolitik

*Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
Telefon: 0351 493-5800, Fax: 0351 493-5460
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann; Stand: April 2017
www.linksfraktion-sachsen.de, linksfraktion@slt.sachsen.de*